

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff
Hegelstraße 40 -42

39104 Magdeburg

Telefon: 039 1/560 50 03 / 07
Telefax: 039 1/560 50 08
E-Mail:
fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
www.dielinke-fraktion-lsa.de

Magdeburg, 27. November 2020

Offener Brief zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir möchten uns mit diesem Schreiben zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag als Fraktion an Sie wenden.

Wir betrachten die aktuelle Situation mit großer Sorge. Sachsen-Anhalt steht in der Debatte zur Beitragserhöhung zunehmend isoliert da. Die bundespolitische Betrachtung konzentriert sich auf die Frage der Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD und rückt unser Bundesland in ein zunehmend schlechtes Licht.

Wir sind davon ausgegangen, dass in erster Linie die Regierungsfractionen eine eigenständige Mehrheit zu dem Regierungsentwurf herstellen werden und haben nicht damit gerechnet, dass eine Oppositionsfraction dafür verantwortlich ist, dass ein Regierungsentwurf eine Mehrheit im Landtag bekommt. Ausgerechnet die CDU-Landtagsfraction, der Sie auch angehören, kündigt nun an, bei der für Dezember geplanten Abstimmung gegen den Staatsvertrag zu stimmen. Wie Sie wissen, war unser Abstimmungsverhalten zur Einbringung des Staatsvertrages offen. Inzwischen gab es eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit unseren Kritikpunkten und als Ergebnis daraus, eine entsprechende abschließende Positionierung unserer Fraction zum Abstimmungsverhalten.

Die Rundfunkfreiheit gemäß Artikel 5 Grundgesetz gebietet, dass Kritik an Inhalten und Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht an einer Zustimmung zu einer Beitragserhöhung geknüpft werden darf. Öffentliche Äußerungen von CDU-Politikern aus Sachsen-Anhalt, die anhand von Programmbeiträgen die Debatte zur Beitragserhöhung ins Spiel bringen, übertreten diese verfassungsrechtliche Grenze. Vor diesem Hintergrund erscheint die

Bekräftigung der CDU, die Ablehnung der Beitragsanhebung passiere aus grundsätzlich unterschiedlichen Motiven, im Vergleich zur Positionierung der AfD, mehr als ungläubwüridig.

So kommt es auch nicht von ungefähr, dass sich die AfD öffentlich bereits anbietet, gemeinsam mit der CDU an dieser Stelle ein Zeichen setzen zu wollen. Wir gehen davon aus, dass Ihnen bewusst ist, dass ein Scheitern des Medienänderungsstaatsvertrages durch die gemeinsame Abstimmung von CDU und AfD in Sachsen-Anhalt als einer der größten bundespolitischen Erfolge der AfD gewertet werden würde. Ein Erfolg, den die CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt möglich machen würde.

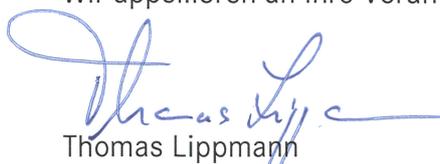
Wir fordern Sie auf, die von Ihnen postulierte Brandmauer gegen Rechts zu halten! Gerade in Zeiten von „Fake News“ und Online-Desinformation trägt der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seiner verfassungsrechtlichen Funktion als Medium und Faktor der öffentlichen und individuellen Meinungs- und Willensbildung in der Demokratie sowie seiner gesamtgesellschaftlichen Funktion als Einordnungs- und Ankermedium besondere Bedeutung für unsere Gesellschaft. Die demokratischen Parteien dürfen den demokratiefeindlichen Kräften, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk jetzt angreifen, nicht den Weg bereiten.

Darüber hinaus gibt es gerade für Sachsen-Anhalt pragmatische Beweggründe, der Beitragserhöhung zuzustimmen. Ein Ausbleiben der durch die KEF empfohlenen moderaten Anhebung des Rundfunkbeitrages schadet unserem Land in besonderem Maße! Ihnen ist sicherlich bekannt, dass gerade der MDR über die schlankesten Strukturen verfügt und damit ein Scheitern des Staatsvertrages besonders den MDR treffen würde. Des Weiteren wurde in der Anhörung zum 1. Medienänderungsstaatsvertrag im Medienausschuss mehr als deutlich, dass der wirtschaftspolitische Schaden, den eine Ablehnung der Beitragserhöhung mit sich bringt, für das Filmland Sachsen-Anhalt erheblich sein wird. Die Entwicklung des Standortes Sachsen-Anhalt, die Minister Robra in den vergangenen Jahren vorangetrieben hat und die wir stets unterstützt haben, ist damit gefährdet.

Schließlich müssen wir davon ausgehen, dass die geplante ARD-Kulturplattform in Halle nur dann wirtschaftlich darstellbar ist, wenn eine Beitragserhöhung zustande kommt. DIE LINKE will nicht zulassen, dass unser Land medienpolitisch isoliert wird und wirtschaftspolitischen Schaden nimmt! Bei aller Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, an seiner Struktur, an den Gehältern, dem unzureichenden Engagement im Osten usw. sind wir der Auffassung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Wesensmerkmal der Demokratie und allein daher unbedingt verteidigungswürdig ist.

Aus diesem Grund betrachten wir eine Zustimmung zum Medienänderungsstaatsvertrag und einen entsprechenden Entschließungsantrag, der die berechtigten Kritikpunkte an einen Beschluss des Landtages anbindet und festschreibt, als Chance, die demokratischen Werte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu schützen und gleichzeitig seine Weiterentwicklung zu forcieren.

Wir appellieren an Ihre Verantwortung. Der Staatsvertrag darf im Landtag nicht scheitern!


Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender


Eva von Angern
stellv. Fraktionsvorsitzende


Stefan Gebhardt
parl. Geschäftsführer